

Teilnehmer: 4 LuL (inkl. SL), 2 EV (inkl. ES), 2 SV (inkl. SP)

Sitzungsleitung: SL

Protokoll: SL

TOP (insg. 4)

<b>1</b>	<b>Landesweite Systematische Medienausleihe Saar (LSMS)</b>
- Beschlussfassung zur Teilnahme (siehe Protokoll „Teilnahme LSMS“ in der Anlage)	
<b>2</b>	<b>Eingaben eines Elternteils</b>
<p><u>Vorschläge für Veranstaltungen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Arne Semsrott (<a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Arne_Semsrott">de.wikipedia.org/wiki/Arne_Semsrott</a>): Gespräch mit Schülerinnen und Schülern im Politikunterricht über seinen Einsatz für Grundrechte</li><li>- Demokratieworkshop eines Elternteils zusammen mit Dejan Mihajlović (<a href="https://mihajlovicfreiburg.com">mihajlovicfreiburg.com</a>)</li><li>- Informationstag zum digital gestützten Beteiligungskonzept „aula“ (<a href="https://www.aula.de">www.aula.de</a>)</li><li>- Lesung von Theresa Hannig (<a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Theresa_Hannig">de.wikipedia.org/wiki/Theresa_Hannig</a>)</li></ul> <p><u>Hinweis</u> auf Passagen aus dem Schulmitbestimmungsgesetz: "Die Schülerinnen und Schüler haben das Recht, nach Maßgabe dieses Gesetzes bei der Arbeit ihrer Schule zur Erfüllung der Unterrichts- und Erziehungsaufgabe mitzuwirken und mitzubestimmen und in diesem Rahmen ihre Interessen wahrzunehmen." "Die Schülerinnen und Schüler sind ihrem Alter entsprechend über die Unterrichtsplanung ihrer Lehrkräfte zu informieren und im Rahmen der für Unterricht und Erziehung geltenden Bestimmungen an der Planung und Gestaltung des Unterrichts zu beteiligen. In Fragen der Auswahl des Lehrstoffs, der Bildung von Schwerpunkten, der Reihenfolge einzelner Themen und der Anwendung bestimmter Unterrichtsformen ist den Schülerinnen und Schülern Gelegenheit zu Vorschlägen und Aussprachen zu geben. Soweit Vorschläge keine Berücksichtigung finden, sind den Schülerinnen und Schülern die Gründe dafür zu nennen."</p> <p>Gemäß §47 Abs.2 Satz 1 des SchuMG („Aufgabe der Schulkonferenz ist es, gemeinsam interessierende Fragen des Schullebens der einzelnen Schule zu erörtern und den jeweils zuständigen Gremien der Schule Vorschläge zu unterbreiten.“) leitet die Schulkonferenz die Anregungen an die Elternvertretung der Lerngruppe des Kindes des Elternteils weiter. Im Sinne des demokratischen Meinungsbildungsprozesses können von der Elternschaft mitgetragene individuelle Vorschläge</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- im Falle von Klassenangelegenheiten an den für die Lerngruppe zuständigen Ansprechpartner,</li><li>- im Falle von Vorschlägen, die über die Lerngruppe hinaus für die Schulgemeinschaft oder Teile davon relevant sind, in die Elternvertreterversammlung eingebracht und gemeinsam weiter diskutiert / umgesetzt werden.</li></ul> <p>Analog wird mit Vorschlägen von Schülerinnen und Schülern verfahren. Diese bringen ihre Ideen in den Klassenrat und von dort ggf. in die Versammlungen der Schülervertretung ein. Aus den jeweiligen Gremien heraus werden dann die für das Anliegen zuständigen Ansprechpartner in den Diskussions- und ggf. Umsetzungsprozess einbezogen.</p> <p>Aus der Gremienarbeit (z. B. Elternsprecherversammlung, SV-Tag) heraus können auch spontan Vorschläge für die demokratische Mitgestaltung des Schullebens unterbreitet werden.</p> <p>Seit 11 Jahren ist am MPG das System der strategischen Schulentwicklung etabliert. Zu Beginn der zweijährigen Entwicklungszyklen werden durch den Koordinator Schulentwicklung zusammen mit der Steuergruppe Entwicklungsvorhaben und Anregungen in Form von Projektideen bei allen Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Angestellten abgefragt. Für nicht auf "kurzem Weg" umsetzbare Maßnahmen bilden sich (ggf. nach einem Rating) Projektgruppen bestehend aus Schülerinnen</p>	

und Schülern, Eltern und Lehrkräften, die sich einzelner Themen annehmen. Die Arbeit der Gruppen wird von der Steuergruppe, ebenfalls bestehend aus Mitgliedern der gesamten Schulgemeinschaft, koordiniert. Der aktuelle Entwicklungszyklus endet im Herbst 2026.

Die Schulkonferenz äußert sich einstimmig folgendermaßen:

Im Sinne eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses sieht sich die Schulkonferenz nicht in der Rolle, ohne vorherige Diskussion in den Gremien - nur auf Basis eigener inhaltlicher Arbeit - über die Umsetzung von „gemeinsam interessierenden Fragen des Schullebens“ (SchumG) des Max-Planck-Gymnasiums zu entscheiden.

-----  
*Nachfrage zur aktuellen Handyregelung am MPG, die nach Ansicht eines Elternteils sowohl die Rechte der Jugendlichen, als auch die der Eltern verletzt und nicht in einem demokratischen Prozess erarbeitet wurde.*

Die Schulkonferenz teilt diese Ansicht nicht. Die aktuelle Regelung wurde nach Besprechung in der Elternvertretung, Schülervvertretung und auf Basis einer Vorlage der Gesamtkonferenz von der Schulkonferenz am 26.06.2024 beschlossen. Die Änderungen wurden am ersten Schultag des Schuljahres 2024/25 in der Dienstbesprechung und Klassenleiterstunde kommuniziert, die entsprechend angepasste Hausordnung auf der Schulhomepage veröffentlicht. Zudem ist diese Version der Hausordnung in den MPG-Planern ab SJ 2025/26 enthalten. Ein von der Schulkonferenz beschlossenes allgemeines „Handyverbot“ besteht am MPG bereits seit 2010. Über die in damaliger Zeit neue Regelung berichtete auch die Presse (<https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/handy-und-co-sollen-weiter-schweigen-aid-693385>).

Ort für *inhaltliche* Debatten über Für und Wider der Handynutzung und zum Handyverbot auf dem Schulgelände sieht die Schulkonferenz primär in den entsprechenden Gremien der Schüler- und Elternvertretung, der Dienstbesprechung der Lehrkräfte sowie in der Gesamtkonferenz.

-----  
*Ein Elternteil ist der Meinung, dass laut Aussage des Schulleiters und des Schulelternsprechers alle Mitglieder der Schulkonferenz anonym bleiben wollen und keinen Kontakt mit der Schulgemeinde wünschen.*

Diese Behauptung ist so nicht korrekt. Das Elternteil hatte um die Kontaktdaten der Mitglieder der Elternvertretung (über die ihm bekannten Daten der Elternvertretung der Lerngruppe seines Kindes und der Schulelternvertreter hinaus) gebeten. Da die Kontaktdaten von Elternvertretern personenbezogene Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung sind, machte die Bitte ein Drittbeteiligungsverfahren nötig. Die Eltern widersprachen der Herausgabe ihrer persönlichen Daten an das Elternteil. Sowohl der Schulelternsprecher als auch der Schulleiter informierten das Elternteil in diesem Sinne.

-----  
*Bereits in der Vergangenheit wünschte ein Elternteil Einsicht in Unterlagen, die die inhaltliche Gremienarbeit dokumentieren und fordert die Schulkonferenz auf, eine ordnungsgemäße und transparente Dokumentation relevanter Prozesse am MPG einzufordern.*

Der Schulleiter nahm der Schulkonferenz gegenüber dahingehend Stellung, dass nicht aufbewahrungspflichtige Dokumente zum Entscheidungsfindungsprozess nach Beschlussfassung in den relevanten Gremien nicht weiter gespeichert oder aufbewahrt werden. Beschlüsse und Protokolle sind verfügbar.

-----  
*Anfang 2025 wurde von den Jugendlichen eine Unterschriftensammlung [gegen die Einführung von Handytaschen] durchgeführt. Das Ergebnis wurde in der Gesamtkonferenz offiziell an die Schulleitung übergeben. Laut der Antwort auf offizielle Anfrage des Elternteils könne die Schulleitung dieses Dokument nicht vorlegen. Damit habe sie ihre Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten verletzt.*

In seiner Stellungnahme der Schulkonferenz gegenüber widerspricht der Schulleiter dieser Darstellung. Das Vorhaben zur Einführung der Handytaschen wurde nach Diskussion in der Schulgemeinschaft (insb. intensiver Beschäftigung in der Elternsprecherversammlung) vorerst fallen gelassen. Entsprechend entfällt der Grund, die Umfrageergebnisse aufzubewahren. Unabhängig

davon hat der Schulleiter diese archiviert. Da sie die Klarnamen der unterzeichnenden Schülerinnen und Schülern enthalten, gewährt der Schulleiter aus Gründen des Datenschutzes keinen Einblick in die Listen. Anfang Januar 2025 ging der Schulleiter in einer Durchsage für die gesamte Schülerschaft auf die Umfrage und deren Übergabe durch die Schülervertretung im Rahmen der Gesamtkonferenz direkt ein.

### **3    Vorschlag des stv. Schülersprechers zur Einrichtung von Schülerparkplätzen am MPG**

- steht aktuell nicht zum Beschluss an
- Eingabe der Anfrage erfolgt zeitnah zusammen mit den Ergebnissen des SV-Tages
- Erörterung unter Einbeziehung der Lehrerschaft und des Schulträgers

### **4    Ausleihentgelt Schulbuchausleihe**

- endgültige Mitteilung des MBK noch nicht erfolgt
- sobald verfügbar, Veröffentlichung auf Mitteilungsseite der Homepage sowie im Download-Ordner

----- Ende -----